



„EIN ENGER BUDGETRAHMEN ZWINGT ZUM NACHDENKEN“

Gespräch mit Hubert Ludwig, Geschäftsführer der DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH, am 19.05.2017 zum Thema IT 4.0 in der öffentlichen Verwaltung

msg: Die DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH (DVZ M-V GmbH) existiert nun seit 25 Jahren. Damals war von einem IT-Dienstleistungszentrum noch nicht die Rede. Bitte schildern Sie uns doch kurz die Entwicklung.

Ludwig: Gerne. Das Datenverarbeitungszentrum (DVZ) wurde bereits 1967 als Maschinelles Rechnen gegründet. Angefangen hat es mit der Lochkarten- und Lochstreifentechnik. Das war ja der Beginn der maschinellen Datenverarbeitung. Nach der Wende gab es in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin jeweils ein „DVZ“. Das ist zurückzuführen auf die Strukturen in den neuen Bundesländern. Alle Bezirkestädte hatten ein sogenanntes Bezirksrechenzentrum, das für die Verwaltung, aber auch für die Industrie gearbeitet hat.

msg: Diese Rechenzentren haben auch für die Industrie gearbeitet? Das ist interessant, in den alten Bundesländern gab es so etwas nicht.

Ludwig: Ja, jedes Datenverarbeitungszentrum hatte eine spezifische Branche. Neubrandenburg beispielsweise die Öl- und Tankstellenindustrie. Unser DVZ in Schwerin hatte die Branchenausrichtung Landwirtschaft, Handel und Gesundheitswesen, so

zum Beispiel die Verantwortung für das Nationale Krebsregister. Die Kollegen in Magdeburg hatten eine spezifische Ausrichtung für den Kunden Deutsche Post. Letztendlich hat diese Ausrichtung dann auch den Ausschlag dafür gegeben, welches der Rechenzentren nach der Wende von der Treuhand an interessierte Kunden verkauft worden ist. Wer einen Bereich hatte, der in den alten Bundesländern bereits abgedeckt war, wurde im Regelfall dort aufgenommen und in die bestehende Firmenstruktur integriert. Wir haben noch relativ lange für die Landwirtschaft gearbeitet, aber durch die Nähe zu Hamburg und Lübeck mussten wir schnell entscheiden, welche Zukunftsausrichtung für das DVZ die richtige ist. Anfänglich haben wir uns an den Branchen Industrie und öffentliche Verwaltung orientiert.

msg: Das DVZ ist eine GmbH. Wie ist es dazu gekommen?

Ludwig: Die Rechtsform GmbH ist darauf zurückzuführen, dass nach der Wende alle Betriebe zu einer GmbH wurden. Das Schicksal des DVZ wurde wesentlich davon bestimmt, dass Schwerin die Landeshauptstadt wurde. Mit dieser Entscheidung konzentrierte sich auch das Portfolio des DVZ am öffentlichen Dienst. Schließlich wurden wir vom Land Mecklenburg-Vorpommern von der Treuhand gekauft.

msg: Die Wahl der Rechtsform war also keine strategische Entscheidung?

Ludwig: Selbstverständlich. Mit dem Kauf der GmbH stand das Land vor der Entscheidung, das Landesrechenzentrum in Form der GmbH weiterzubetreiben oder in eine Behörde beziehungsweise öffentlich-rechtliche Institution zu überführen. Ausschlaggebend dafür war das Rechts- und Organisationsgutachten der Ludwig-Maximilians-Universität und BPU – Betriebswirtschaftliche Projektgruppe für Unternehmensentwicklung GmbH in München –, die eine Empfehlung zur Rechtsform der GmbH ausgesprochen haben. Als Begründung wurden die Dynamik der IT-Branche, der höhere Markt- und Wettbewerbsdruck sowie die bessere Flexibilität genannt. Auf dieser Grundlage entstand letztendlich die „DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH“ als Landesdienstleister.

msg: Das war damals ja ziemlich revolutionär.

Ludwig: Ja, damals schon. Aber die GmbH hatte mit ihrem Profil und der fehlenden rechtlichen Abdeckung bei ihren öffentlich-rechtlichen Kunden nicht nur Unterstützer. Gerade im Bereich hoheitlicher Aufgaben wurde eine Regelungslücke deutlich, die dann im Jahr 2000 durch das DVZ-Gesetz geschlossen wurde.

Mit dem DVZ-Gesetz wurden die Aufgaben für den Landesdienstleister in Bezug auf seine eigene Verwaltung, aber auch das Drittmarktgeschäft für Industrie und Bundesebene neu geregelt. Heute existieren ergänzende EU-Bestimmungen, die sich ebenfalls mit dieser Regelungslücke beschäftigen mussten. Die GmbH fällt unter die deutsche Handels- und Steuergesetzgebung, ist mehrwertsteuerpflichtig, für ihre Entwicklung und Ergebnissteuerung selbst verantwortlich und dem Land Mecklenburg-Vorpommern als 100-prozentiger Gesellschafter berichtspflichtig.

Zu unseren Kunden zählen wir mit Stolz auch Bundesbehörden, Verwaltungen anderer Bundesländer, die Bundeswehr und Industriekunden. Dieser Anteil darf aber – gemessen am Gesamtumsatz – nach europäischer Rechtsprechung 20 Prozent nicht übersteigen.

msg: Dazu gehört auch Benchmarking – ein wichtiger Punkt, der auch im Berliner eGovernment-Gesetz enthalten ist. Wie ist das bei Ihnen?

Ludwig: Den ersten Nachweis zur Leistungsfähigkeit des Unternehmens erhalten wir dadurch, dass wir als Teilnehmer im Wettbewerb auf öffentliche Ausschreibungen ein Angebot abgeben und den Zuschlag nur erhalten, wenn Leistungs-, Qualitäts- und Preisparameter stimmig sind. Um diese Flexibilität zu erhalten, führen wir Benchmarks, ausschließlich mit einer Peer-Gruppe aus der Industrie, durch. Leider ist der Vergleich mit Landesrechenzentren in öffentlich-rechtlicher Unternehmensstruktur bei fehlender Kosten- und Leistungsrechnung nicht möglich.

Grundlage unseres Portfolios bildet ein Servicekatalog, der auch von Unternehmen der privatwirtschaftlich orientierten IT-Branche verwendet wird. Damit ist unsere Leistung am Markt vergleich- und bewertbar.

msg: Das heißt, Sie haben einen Leistungskatalog, der sich an industriellen Maßstäben orientiert. Wie weit gehen Sie dabei auf individuelle Wünsche ein – besonders auf solche, von denen Sie wissen, dass sie eigentlich nicht sinnvoll sind?

Ludwig: Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Die DVZ M-V GmbH wurde als Dienstleistungszentrum des Landes M-V gegründet, um die Verwaltung mit hochwertigen Dienstleistungen zu versorgen. Ausschlaggebend für das Leistungsangebot sind nicht allein Standards des Marktes oder Vorstellungen der Landes-GmbH, sondern auch zunehmend in der Bund-Länder-Kommission der einzelnen Fachressorts entwickelte Applikationen.

ÜBER DIE DVZ M-V GMBH

Die DVZ M-V GmbH ist der IT-Dienstleister der Landesverwaltung M-V mit Sitz in Schwerin. Gesellschafter der eigenständigen GmbH ist das Land Mecklenburg-Vorpommern. Den Vorsitz im Aufsichtsrat hat die Staatssekretärin des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern und CIO des Bundeslandes Frau Ina-Maria Ulbrich.

Als langjähriger und kompetenter Partner des öffentlichen Sektors beschäftigen uns schon heute Fragen, die moderne Verwaltungsabläufe und -prozesse einer vernetzten Gesellschaft von morgen ausmachen werden. Die Antworten darauf finden unsere hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Kompetenzen nutzen, um Verwaltungsaufgaben, Menschen und Systeme zusammenzubringen.

Diese Anwendungen sind durch die DVZ M-V GmbH mit der gleichen Qualität zu betreiben, die auf Standards beruhen. Wir sind uns einig, dass effizienzsteigernde Maßnahmen erst entstehen können, wenn auf ein standardisiertes Lösungsportfolio zurückgegriffen werden kann. Wenn aber die Bundesländer einheitliche Applikationen für ihren Betrieb vorgeben, entsteht dadurch ein Skaleneffekt auf Bundesebene, obwohl möglicherweise der Landesbetrieb in der ersten Bewertung den Effekt nicht deutlich machen kann.

msg: Die Kooperation von IT-Dienstleistungszentren könnte Potenzial für Effizienzgewinne bieten. Welche Kooperationen hat das DVZ mit anderen IT-DLZ bei Bund, Ländern oder Kommunen?

Ludwig: Wir stellen durch die tägliche Arbeit fest, dass im Bereich von Kooperationen auf jeden Fall noch Luft nach oben ist. Sowohl die Kapazitäten der zur Verfügung stehenden Rechenzentren in Deutschland als auch der Personalressourcen würden bei neuen Betriebsmodellen und entsprechender fachlicher Kooperation Chancen für Potenzialgewinn bieten. Diese Aufgabe können die Dienstleister nur bedingt unter sich vereinbaren, hierfür sind rechtliche und politische Rahmenbedingungen grundlegende Voraussetzungen. Auch die Dienstleister sind an das europäische Vergaberecht gebunden und können nicht – wie Industrieunternehmen – einfach zusammenarbeiten. Ich denke,

dass in der Zukunft durch zentrale Lösungsangebote des Bundes und die Spezialisierung der Datenzentralen mehr Kooperationen möglich werden, als das heute der Fall ist. Wir versuchen permanent, Lösungsangebote des Marktes und deren Best-Practice-Beispiele auf die Verwaltung zu übertragen.

msg: Kooperation ist die eine Seite, Wettbewerb die andere. Gibt es einen Wettbewerb zwischen den einzelnen IT-DLZ?

Ludwig: Nein, ich glaube nicht, dass die Datenzentralen untereinander einen richtigen Wettbewerb haben. Die Individualität der Verwaltungen in Bund und Ländern beginnt sich erst langsam zu verändern. Das Setzen von Standards unter Verzicht auf Individuallösungen wird die Zukunft bestimmen. Die modernen technischen Möglichkeiten und deren Nutzung durch die Industrie und die Bürger werden auch in der Verwaltung dazu führen, digitale Lösungsangebote vom Antrag bis zum Bescheid anzubieten, um im Wettbewerb mit großen Anbietern nicht abgehängt zu werden. Meiner Meinung nach liegt die Zukunft für die Datenzentralen in einer Spezialisierung und Neuausrichtung. Je mehr es den Verwaltungen gelingt, zu kooperieren, desto eher besteht die Möglichkeit, dass die Datenzentralen sich auf spezifische Segmente der Verwaltung konzentrieren und als Cloudlösung anbieten. Die besonderen Bedingungen der Rechtskonformität und des Datenschutzes sind wichtige begleitende Erfolgsfaktoren.

msg: Die Lösung heißt also Spezialisierung?

Ludwig: Ja. Das ist aber heute politisch noch nicht durchzusetzen.

msg: Sie organisieren auf europäischer Ebene den Austausch im Rahmen von Euritas. Sehen Sie Potenziale für den Leistungsaustausch auf europäischer Ebene?

Ludwig: Ja. Die DVZ M-V GmbH und das Bundesrechenzentrum Österreich sind die Initiatoren für die Gründung einer europäischen Gesellschaft, deren Ziel es ist, öffentlich-rechtliche Dienstleister im EU-Kontext zu koordinieren und Schwerpunkte auf die gemeinsame Entwicklung von Services und Applikationen zu legen.

Derzeit hat die Euritas einen Gutachterstatus auf EU-Ebene und wird als fachkompetenter Partner bei der Beurteilung von Fachkonzepten, bei Förderprogrammen angefragt. Ziel dieser Fragen ist immer eine realistische Einschätzung auf Umsetzungsfähigkeit und Effizienzgewinn in Verwaltungsprozessen. Ein länderübergreifendes Lösungsportfolio und rechtskonformes Handeln kann nur erreicht werden, indem alle Mitgliedsländer

ihre Best-Practice-Erfahrungen durch die Dienstleister in der Euritas einbringen. Die Sitzungen der Euritas finden jeweils in den Mitglieds-ländern der EU statt. Der intensive Erfahrungsaustausch führt dazu, dass Lösungen aus Dänemark und den Niederlanden zur Nachnut-zung in Deutschland und Österreich genutzt werden können. Bei diesen Diskussionen werden auch die organisatorischen und rechtli-chen Rahmenbedingungen diskutiert und bewertet.

Für die Jahre 2017 und 2018 bin ich als gewählter Präsident der Euritas für die Arbeit der Organisation verantwortlich und darf nicht nur einen „deutschen Blick“ auf die Tagesordnung haben. 2019 wechselt die Position auf ein anderes Mitgliedsland, das damit die Möglichkeit erhält, seine Entwicklungsschwerpunkte in der Euritas zu stärken in den Fokus zu bringen. Mit diesem Ro-tationsprinzip wird sichergestellt, dass alle Länder ihre eigenen Schwerpunkte für die Arbeit in der Organisation setzen können.

msg: Gibt es konkrete Beispiele für Dienstleistungen, die ausge-tauscht werden?

Ludwig: Ja. Das erste Angebot kam von unseren dänischen Kollegen, die eine Dropbox-Lösung in der Cloud zur Nutzung an-geboten haben.

msg: Es geht also mehr um die Abstimmung gemeinsamer Me-thoden als um die Leistungserbringung?

Ludwig: Genau.

msg: Aber es gibt immer mehr europäische Verfahren, zum Bei-spiel aus dem Bereich Güterkraftverkehr. Wäre es denn in Zu-kunft denkbar, dass solche Register zentral geführt werden, zum Beispiel vom DVZ?

Ludwig: Ja, genau das ist auch unsere Zielstellung. Länderüber-greifende Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse werden mit Fortschreiten der Cloudtechnologien Entscheidungs- und Geneh-migungsstrukturen verändern. Im Moment gibt es Cloudservices fast ausschließlich von amerikanischen Lieferanten und Herstel-lern. Diesen Lösungen gegenüber bleibt eine gewisse Grundskop-sis. Deutsche Verwaltungen werden nicht ohne Rahmenbedingun-gen und Sicherheitsvorkehrungen diese Lösungsangebote für ihre Kernaufgaben annehmen. Ich freue mich, dass die nationale eGo-vernment-Strategie unter anderem TRUSTED-Cloudlösungen für die deutsche Verwaltung definiert. Wir sind als Dienstleister gefor-dert, Serviceangebote zu entwickeln, die sieben Tage die Woche/24 Stunden/365 Tage genutzt werden können. Den Wettbewerb mit großen Anbietern sehen wir als besondere Herausforderung.

msg: Sie haben ein starkes Leistungsportfolio, und Sie messen sich mit der Industrie. Mit welcher Infrastruktur arbeiten Sie?

Ludwig: Wir haben ein gespiegeltes Tier-3-Klasse-Rechenzen-trum und sind nach ISO 27001 BSI-Grundschutz zertifiziert. Wir betreiben ein flächendeckendes, breitbandiges eigenes Landes-verwaltungsnetz, das wir auch komplett administrieren. Aktuell können wir 10 Giga-Bit-Geschwindigkeiten realisieren. Das Netz wird permanent modernisiert und ausgebaut.

msg: Bei dieser Leistungsfähigkeit könnten Sie ja eigentlich auch Services aus der Cloud anbieten.

Ludwig: Ja, über dieses Lösungsportfolio verfügen wir. Leider noch beschränkt auf das eigene Bundesland. Fast alle Fachappli-kationen in Mecklenburg-Vorpommern werden zentral betrieben. Die Nutzer sind über ganz M-V verteilt und greifen über das Hoch-geschwindigkeitsnetz CN LAVINE auf ihre Anwendungen zu. Die Vernetzung der einzelnen Fachapplikationen und die Erweiterung ihrer Funktionalitäten führen zu neuen Serviceangeboten für die Verwaltung. Wir sprechen in diesem Zusammenhang ungern von Cloudlösungen, auch wenn diese Dienste ortsunabhängig zu jeder Zeit von jedem Ort in M-V variabel nutzbar sind. Erst wenn diese Services länderübergreifend genutzt werden können, beurteilen wir das nach eigenem Ermessen als Cloudlösung.

Unsere Herausforderung besteht darin, die steigenden Sicher-heitsanforderungen mit diesen Nutzungsmöglichkeiten parallel weiterzuentwickeln. Kriminalität und Missbrauch sind erheb-lich gestiegen. Wir begegnen diesen Anforderungen mit einer entsprechenden Cyberstrategie in M-V und unterstützen un-sere Staatsanwaltschaft mit einem neu aufgebauten Bereich IT-Forensik, der sich mittlerweile auf die Analyse von Hardware, Smartphones und Navigationsgeräte erstreckt, um straffatrele-vante Sachverhalte zu ermitteln – ein neues Marktsegment mit extremen Wachstumsraten.

msg: Wenn Sie eine Prognose abgeben müssten: Was meinen Sie, wo die IT-Dienstleistungszentren beziehungsweise die DVZ M-V GmbH in fünf Jahren stehen werden?

Ludwig: Ich sehe im Moment die größte Herausforderung da-rin, Verwaltungsprozesse und Technologie abzugleichen. Die technologischen Veränderungen verlaufen gerade so rasant, dass die Verwaltung in ihrer Organisation und in ihrem Arbeits-ablauf größten Herausforderungen ausgesetzt ist. Nur mithilfe von Prozessorganisation kann dem wirkungsvoll begegnet wer-den. Von der Möglichkeit, über eine Aufgaben- und Zweckkritik

die Verwaltungsleistungen neu zu definieren, wird derzeit zu wenig Gebrauch gemacht. Mit dieser Aufgabe müssen wir uns als Dienstleister auseinandersetzen. Sie wird auch für die zukünftige Ausrichtung als Dienstleistungszentrum des Landes M-V entscheidend sein. Welche Leistungen das DVZ noch in Eigenregie erbringt, welche Leistungen zugekauft oder am Markt genutzt werden, hat Einfluss auf unser Geschäftsmodell. Auf keinen Fall wird jede Datenzentrale alle bisherigen Leistungen für ihre Verwaltung ohne Kooperation und Anpassung ihres Geschäftsmodells erbringen können.

msg: Ein zentrales Thema für die IT-Dienstleistungszentren sind die Fachverfahren und die Zuständigkeiten.

Ludwig: Die Modernisierung der Fachverfahren und Migration auf neue technologische Plattformen ist ein Veränderungsprozess, der bereits in den vergangenen Jahren begonnen wurde. Wir werden als DVZ nur begrenzt Möglichkeiten haben, unsere eigenen Fachverfahren cloudfähig zu machen oder zu modernisieren. Die dafür benötigten finanziellen und personellen Ressourcen stehen einfach nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung. Aber auch die Hersteller von Softwareprodukten benötigen mehr Zeit, als bisher gedacht, um cloudfähige Lösungen zu entwickeln. Dieser Prozess wird noch Jahre in Anspruch nehmen und somit einen Mix aus alten und neuen Applikationen im Lösungsportfolio begründen. Mit dem Wechsel in eine modernere Welt verändern sich Arbeits- und Entscheidungsstrukturen in der Verwaltung. Schritt für Schritt werden Bürger und die Industrie diese Veränderungen in der Zusammenarbeit spürbar wahrnehmen.

msg: Was meinen Sie: Gibt es schon eine öffentliche Verwaltung 4.0?

Ludwig: Sicher noch nicht, aber soweit Industrie, Gesundheitswesen, Forschung und Entwicklung sowie andere Branchen uns ihre rasante Entwicklung vor Augen halten, wird sich auch die Verwaltung zu einer Verwaltung 4.0 entwickeln. Apps für Bürger und Industrie, Entscheidungsstrukturen auf Basis künstlicher Intelligenz und durchgängige Onlinedienste werden die Zusammenarbeit revolutionieren. Das Online-Zugangsgesetz, das Servicekonto und der Portalverbund versetzen Bürger in die Lage, durchgängige eGovernment-Dienste zu nutzen und selbst die Kontrolle über die Verwendung ihrer persönlichen Daten auszuüben. Das schafft Vertrauen zur Verwaltung und deren Prozesse. Die nächste Generation ist sich der technischen Möglichkeiten bewusst und erwartet diese auch in der Zusammenarbeit mit ihrer Verwaltung. Die Effizienzsteigerung haben sich bereits

Banken und Versicherungskonzerne zu eigen gemacht. Wir können von diesen Best-Practice-Lösungen partizipieren und als Dienstleister aktiv an der Gestaltung mitwirken. Auch unsere Mitarbeiter sind Bürger, die Verwaltungsdienste in Anspruch nehmen und eigene Erwartungen und Vorstellungen mitbringen, wenn sie gefordert sind, neue Serviceangebote zu entwickeln.

msg: Die DVZ M-V GmbH ist auf jeden Fall ein Erfolgsmodell.

Ludwig: Richtig. Wir sagen nicht ohne Stolz, dass uns die Rechtsform GmbH und unser Gesellschafter – das Land Mecklenburg-Vorpommern – Möglichkeiten eröffnet haben, im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, aber auch der IT-Branche ein Erfolgsmodell zu entwickeln und fortzuführen. Keine andere Verwaltung in Deutschland hatte den Mut, den Dienstleister in dieser Rechtsform mit großer Eigenverantwortung und Selbstständigkeit zu positionieren. Ein innovativer Dienstleister benötigt eine innovative Verwaltung, um sich entwickeln zu können. Scheinbar ist in Mecklenburg-Vorpommern beides gelungen. Mit Ihren Fragen ist mir dieser Umstand noch einmal bewusst geworden.

msg: Herr Ludwig, vielen Dank für das interessante Gespräch.

Ludwig: Vielen Dank für das Interview. ●

DIESES INTERVIEW FÜHRTE

WERNER ACHTERT

Geschäftsbereichsleiter

Public Sector

Business Consulting

